

Institutionelle Behördenkriminalität in der Schweiz

Die kommende Enteignung

Kurzfassung

Stand 19. April 2025

Download:
www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Ideologien →
Ideologie Enteignung → Die kommende Enteignung, Kurzfassung
https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/enteignung_kurz.pdf

Dieser Aufsatz ist öffentlich und darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Im Internet darf er nur angeboten werden, wenn der Zugang direkt und uneingeschränkt ist. Ein Download mit einem speziellen Zugang (z.B. Angabe des Mails u.a.m.) ist nicht gestattet.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	3
2.	Die Zentralbanken und internationalen Organisationen	3
2.1	Die Zentralbanken	3
2.2	Internationale Organisationen	5
3.	Grundsätzliche Überlegungen	6
3.1	Das Wesen des Geldes	6
3.2	Die Wirtschaftsideologien	8
4.	Die verschiedenen geldpolitischen Massnahmen	10
4.1	Leitzins	10
4.2	Kapitalverkehrskontrollen	10
4.3	Wechselkurse	11
4.4	Trilemma des Wechselkursregimes	11
4.5	Geldmenge	11
4.6	Inflation	12
4.7	Quantitative Lockerung	12
4.8	Repogeschäft	13
4.9	Offenmarktpolitik	13
4.10	Derivate	13
5.	Krisenzeiten	14
5.1	Hyperinflation in Deutschland 1919 bis 1923	14
5.2	Weltwirtschaftskrise 1929	14
5.3	Lateinamerikanische Schuldenkrise (1982)	15
5.4	Die Finanzkrise in Asien	15
5.5	Weltfinanzkrise (globale Finanzkrise)	16
5.6	Wirtschaftskrise von 2020 bis 2021	17
6.	Die kommenden Ereignisse	17

Der vorliegende Aufsatz ist eine Zusammenfassung der gleichnamigen umfangreichen Arbeit *Die kommende Enteignung*¹. Sämtliche Details und Links sind aus der Hauptarbeit zu entnehmen. Im Weiteren gibt es noch ein Buch in Englisch *The Great Taking*² und in Deutsch *Die grosse Enteignung*³ sowie als Film⁴.

¹ <https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/enteignung.pdf>

² https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/webb_the_great_taking.pdf

³ https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/webb_die_grosse_enteignung.pdf

⁴ 12 Min.: <https://www.bitchute.com/video/Am6ne6dfRGPI> 72 Min.: <https://www.bitchute.com/video/JnkVZKj8olvF>

1. Einleitung

Jage Geld und Sicherheit nach, und dein Herz wird sich niemals öffnen.

Laotse (604-531 v.u.Z.), chinesischer Philosoph

Unser Geldsystem bedingt den Kapitalismus, den Zins, die Massenarmut, die Revolte und schließlich den Bürgerkrieg, der zur Barbarei zurückführt. Wer es vorzieht, seinen eigenen Kopf etwas anzustrengen, statt fremde Köpfe einzuschlagen, der studiere das Geldwesen.

Silvio Gesell (1862-1930), Begründer der Freiwirtschaftslehre

Der Historiker und Zivilisationstheoretiker Carroll Quigley (1910-1977), Professor an der Georgetown Universität (einer Jesuiten-Schule) war Mentor von Bill Clinton, dem späteren amerikanischen Präsidenten.

Er schrieb, es existiere seit einer Generation ein internationales Netzwerk, das in gewissem Masse so operiert, wie die radikale Rechte glaubt, dass die Kommunisten agieren. Tatsächlich hat dieses Netzwerk, das wir als die Round Table Groups bezeichnen können, keine Abneigung dagegen, mit den Kommunisten oder anderen Gruppen zusammenzuarbeiten, und tut dies häufig. Er kennt die Aktivitäten dieses Netzwerks, weil er es zwanzig Jahre lang studierte.

Aus diesen Gründen ist es wichtig, die wirtschaftliche Geschichte zu verstehen, um die politischen Ereignisse zu begreifen. Ein solches Verstehen verlangt Studien der Finanzgeschichte, des Handels und der Geschäftswelt, der Formen industrieller Organisation und der Landwirtschaft.

Um diese Zusammenhänge zu verstehen, muss begriffen werden, dass alle diese Veränderungen immer durch eine **unsichtbare Hand** gelenkt werden. Diese **unsichtbare Hand** gibt es schon seit Jahrtausenden und ist für die Marschrichtung verantwortlich, in die die Menschheit getrieben wird.

Um diese Richtung radikal zu ändern, ist ein Paradigmenwechsel erforderlich. Dieser kann nur mit dem gesamten Verständnis der politischen und wirtschaftlichen Geschichte der letzten Jahrtausende, dem Hintergrund der Religionen und vor allem der unsichtbaren Hand, die durch verschiedene Geheimorganisationen wirkt, umgesetzt werden. Der Ursprung aller dieser Absichten und Veränderungen liegt jedoch in Babylon vor rund 6000 Jahren.

2. Die Zentralbanken und internationalen Organisationen

Das Grundproblem konventioneller Währungen ist das Vertrauen, das für ihr Funktionieren erforderlich ist. Der Zentralbank muss vertraut werden, um die Währung nicht zu entwerten, aber die Geschichte der Fiat-Währungen ist voller Verstösse gegen dieses Vertrauen.

Satoshi Nakamoto (Pseudonym), Erfinder der Kryptowährung Bitcoin

2.1 Die Zentralbanken

Die Regierung sollte sämtliches Geld und Guthaben schaffen und in Umlauf bringen, welches sie benötigt, um den Bedarf ihrer selbst und allen Konsumenten zu decken. Durch Einführung dieses Prinzips würden die Steuerzahler Unmengen an Zinsen sparen. Das Privileg Geld zu schaffen und auszustellen, ist nicht nur das höchste Vorrecht der Regierung, sondern auch ihre grösste gestalterische Einflussmöglichkeit.

Lincoln Abraham (1809-1865)

Wenn man eine Gesellschaft zentral kontrollieren und beeinflussen will, so kann man das am besten über die Wirtschaft und damit über das Geldsystem erreichen. Deshalb braucht es eine zentrale Bank, die das Geld herausgibt und gleichzeitig die «Spielregeln» für alle deren Nutzer diktiert und auf diesem Weg deren Verhalten subtil beeinflusst.

Die Zentralbanken haben im gegenwärtig definierten Finanzsystem allgemein den Auftrag, nicht nur Banknoten herzustellen und zu emittieren, sondern zusätzlich auch den Wert der Währung stabil zu halten. Weiter müssen sie das Bankwesen beaufsichtigen und die Stabilität des Finanzsystems im Auge behalten.

Die Forderung einer National- bzw. Zentralbank wurde bereits 1848 im Kommunistischen Manifest erhoben: Die Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats mit Staatskapital und Monopol.

2.1.1 Die Bank von England

Nach der Glorreichen Revolution von 1688/89 waren das Geld- und Kreditwesen zerrüttet, und die öffentlichen Finanzen desolat. Unter diesen Voraussetzungen bot eine Gruppe reicher Männer König William III. 1.2 Millionen Pfund zu 8 Prozent Zins an. 1694 wurde durch ein königliches Privileg in England die Notenbank «*The Governor and Company of the Bank of England*» als private Aktiengesellschaft gegründet. Sie ist heute als *Bank von England* bekannt.

Im Gegenzug erhielt die Gruppe zusätzlich das Recht, Banknoten zum vollen Ausmass ihres Kapitals zu drucken. Die Bank konnte somit 1.2 Millionen Pfund in Gold und Silber einkassieren, es verdoppeln und davon die Hälfte als Darlehen in Noten an die Regierung leihen. Mit der anderen Hälfte tätigte sie eigene Geschäfte. Innerhalb von zwei Jahren zirkulierten 1.75 Millionen Pfund an Banknoten gegen eine Bargeldreserve von 36'000 Pfund. *Die Bank hat den Nutzen der Zinsen auf alle Gelder, welche es aus nichts kreiert.*

Sobald die Bank von England gesetzlich geschützt war vor den Folgen, Schulden in Geld umzuwandeln, war die britische Wirtschaft zu einer Achterbahn von Inflation, Booms und Pleiten verurteilt. Die Folgen waren gewaltige Darlehen für beinahe jedes vorstellbar verrückte Projekt.

2.1.2 Die Schweizerische Nationalbank

Der Bund erhielt erst 1891 mit der Verfassungsänderung das Monopol zur Ausgabe von Banknoten. Er beantragte, dafür eine Staatsbank zu gründen, doch ein «Referendum» verweigerte 1897 die Umsetzung. Darauf schlug er die Gründung einer privaten Aktiengesellschaft vor, aus der die heutige Schweizerische Nationalbank (SNB) entstand. Daran beteiligt waren die Kantone (2/5), die vormaligen Emissionsbanken (1/5) und der Rest (2/5) wurden zur öffentlichen Zeichnung frei gegeben. Die sich in Umlauf befindlichen Noten mussten mit mindestens 40 Prozent Gold zum Marktwert gedeckt sein.

Heute besitzen die Kantone noch 36.3 Prozent und die Kantonalbanken 10.8 Prozent des Aktienkapitals, 52.9 Prozent ist in privaten Händen. Seit der Privatisierung ist alles privat. Die SNB ist daher eine vollständig private Zentralbank, die für die Schweiz das Geld kreiert und dafür den Zins aus dem Volk saugt. Die Golddeckung wurde im Rahmen der Verfassungsänderung in den 1990ern aufgehoben. Der Franken ist wie alle anderen Währungen nur noch eine fiktive Zahlungseinheit und ist nicht mehr mit Sachwerten gedeckt.

2.1.3 Das Federal Reserve System

Die Gründung des Federal Reserve Systems, kurz FED, hat eine lange Geschichte und steht mit dem Entstehen der Vereinigten Staaten im Zusammenhang. Vor deren Gründung wurden verschiedene Wirtschafts- und Finanzkrisen provoziert, um die Notwendigkeit einer Zentralbank «aufzuzeigen». Die Panik von 1907 war der Ausgangspunkt zur Gründung der FED.

Schon vor der Gründung der FED war die Zentralisierung der Kontrolle der finanziellen Mittel weit fortgeschritten. Mit der Gründung der FED ging die Zentralisierung weiter. Dazu gab es umfangreiche Ränke, um die Gegner des Vorhabens auszuschalten. Die Aufarbeitung der Panik von 1907 und der Entwurf der Gesetzgebung der FED lag in der Hand weniger Männer. Die Vorbereitung der Gesetzgebung der FED wurde von Bankern im Geheimen entworfen; der unsichtbaren Hand.

Eigentümer der FED sind nicht die Vereinigten Staaten von Amerika, sondern zwölf private Geschäftsbanken, die das Geld kreieren und es den USA gegen Zins leihen. Diese privaten Banken definieren, wie die Wirtschaft in den USA läuft oder eben nicht.

2.1.4 Die Europäische Zentralbank

Die Wurzeln der Europäischen Zentralbank (EZB) liegen in der Entstehung der Europäischen Union, die 1951 mit der Montanunion begann. Formell basiert die EZB auf der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU), die am 1. Juli 1990 gegründet wurde. Die EZB wurde jedoch erst am 1. Juni 1998

gegründet und der Euro als Zahlungsmittel erst ab Januar 2002 verbreitet. Die verschiedenen Staaten, die an der EWWU teilnehmen wollten, mussten wirtschaftliche Kriterien erfüllen. Deren Einhaltung wurde nicht so genau genommen, Hauptsache die Länder machten mit.

Der Wirtschaftswissenschaftler Paul Krugman monierte: *«Die Schaffung der Eurozone versties gegen die grundlegende ökonomische Regel des "optimalen Währungsraums".»* Aber der Vater des Euro, der Volkswirt Robert Alexander Mundell sagte: *«Der Euro ist genau das, was sein Erzeuger und die 1 Prozent Reichen, die ihn unterstützen – vorhersah und beabsichtigte.»*

Wenn Krisen auftreten, bleibt wirtschaftlich entwaffneten Nationen nichts anderes übrig, als staatliche Regulierungen en masse abzuschaffen, staatliche Industrien en masse zu privatisieren, Steuern zu kürzen und den europäischen Wohlfahrtsstaat den Bach runtergehen zu lassen. Deshalb entzieht die EU den Mitgliedsländern immer mehr die finanziellen Kompetenzen.

2.2 Internationale Organisationen

2.2.1 Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

Die Hintergründe der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) liegen im Versailler Vertrag als Folge der Niederlage der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg. Damit wurden Deutschland hohe Reparationen aufgebürdet. Nachdem die deutschen Zahlungen stockten, wurde der Modus der deutschen Reparationszahlungen umgestaltet. Gleichzeitig begann die Diskussion zur Gründung einer neuen Bank.

Die BIZ wurde am 17. Mai 1930 gegründet. Als Sitz wurde Basel in der «neutralen» Schweiz gewählt. An der Aktiengesellschaft mit einem Startkapital von einer halben Milliarde Schweizerfranken in Gold beteiligten sich die Zentralbanken von Deutschland, Belgien, Frankreich, Grossbritannien, Italien und Japan sowie J. P. Morgan & Co., New York, die First National Bank of New York und die First National Bank of Chicago. Sie alle sind private Gesellschaften. Die Schweiz beschloss und ratifizierte das Abkommen mit der BIZ als Staatsvertrag mit den entsprechenden Regierungen – und nicht mit den privaten Banken.

Wichtigster Punkt des Grundgesetzes war Art. 10, der alle beteiligten Staaten verpflichtete, die Bank, ihr Eigentum und alle ihr anvertrauten Werte auch im Krieg von jeglichen Einschränkungen frei zu halten und insbesondere die Ein- und Ausfuhr von Gold und Devisen weder zu beschränken noch zu verbieten. In einem Protokoll von 1936 verpflichtete sich die Schweiz, auf jegliches Hoheitsrecht in Steuer- und Strafsachen gegenüber der BIZ und seinen Angestellten zu verzichten. Das bedeutet, sie können jedes Verbrechen begehen, ohne dass es irgendwelche Konsequenzen zeitigt; das wird ausgenutzt.

Während des Zweiten Weltkriegs sorgte die BIZ dafür, dass die Nazis mit Devisen versorgt wurde, damit der Krieg vom finanziellen Standpunkt aus weiterlaufen konnte. Nach dem Zweiten Weltkrieg geriet die BIZ in eine «Sinnkrise», weil sie keine Aufgabe mehr hatte. In der Folge mauserte sie sich zur Zentralbank der Zentralbanken. Seither treffen sich die Zentralbanker bei der BIZ, beschliessen aber keine formale Koordinierung der Politik, aber sie «harmonisieren» ihre geldpolitischen Strategien, wo immer nur möglich.

Seit dem Jahr 2016 hat die BIZ keinen Handelsregistereintrag mehr. Sie behauptet, sie sei eine öffentlich-rechtliche Institution, weshalb die Rechtsform der Aktiengesellschaft abgelegt wurde.

2.2.2 Das Bretton Woods-System

Im 19. Jhd. wurde bei den Zentralbanken der Goldstandard etabliert. Mit dem Ersten Weltkrieg musste er aufgegeben werden, ansonsten hätten die Kriege nicht bezahlt werden können. Das war nur mit dem beliebigen Drucken von Papiergeld möglich. Gold kann nicht beliebig vermehrt werden. Mit dem Zweiten Weltkrieg häufte die private FED 1948 mit 70.67 Prozent der weltweiten Währungsreserven die grösste Goldmenge an.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Dollar auf der Basis von 35 US-Dollars pro Unze an das Gold gekoppelt und die übrigen Währungen mit fixen Wechselkursen an den Dollar. Damit wurde er zur Leit- oder Ankerwährung erhoben, den alle Nationen kaufen mussten. Dadurch wurde er im internationalen Zahlungsverkehr über Währungsräume hinweg gezwungenermassen zur wichtigsten Transaktions- und Reservewährung. Erhöhten nun die Staaten unter diesem System die Geldmengen ihrer Währungen,

mussten sie höhere Dollarreserven zur Deckung anlegen, anstatt Gold. Der Leitwährungsstatus des US-Dollars ging für die FED mit erheblichen wirtschaftlichen Vorteilen einher.

Nun mussten Dollars nicht nur für die US-Verbraucher bereitgestellt werden, sondern für die ganze Welt in einer zunehmend globalisierten Wirtschaft. Das heisst, der Dollar wurde mehr verwendet, womit mehr Dollars gedruckt wurden. Das führte zu einem Vertrauensverlust in den Dollar.

Dieser Vertrauensverlust war vor allem darauf zurückzuführen, weil einerseits die Goldmenge der FED schrumpfte und andererseits immer mehr US-Dollars im Umlauf waren als Gold zu 35 Dollar pro Unze. Deshalb hob US-Präsident Nixon am 15. August 1971, entgegen allen Vereinbarungen die Konvertibilität des Dollars in Gold einseitig auf und beendete damit das Abkommen von Bretton Wood. Damit nötigte er der Welt einen Dollar-Standard ohne jede Golddeckung auf. So wurde der US-Dollar zu einer fiktiven Verrechnungseinheit. Die Golddeckung der übrigen Währungen wurde in der Folge weltweit aufgehoben. Das führte zu flexiblen Wechselkursen. Diese Kurse werden durch verschiedene ökonomische Parameter und aufgrund ihrer Akzeptanz bestimmt. Das heisst, die Staaten wurden zu eigentlichen Unternehmen.

3. Grundsätzliche Überlegungen

Güter sind Reichtum, den man besitzt, während Geld einen Anspruch auf Reichtum darstellt, den man nicht besitzt. Güter sind ein Guthaben, Geld ist eine ausstehende Schuld.

Carroll Quigley (1910-1977), amerikanischer Historiker und Zivilisationstheoretiker

3.1 Das Wesen des Geldes

Wenn wir den täglich an uns begangenen Finanzbetrug verstehen wollen, so müssen wir zwingend das Wesen des Geldes verstehen. Deshalb sagte der Unternehmer und Freimaurer Henri Ford: *Eigentlich ist es gut, dass die Menschen der Nation unser Banken- und Währungssystem nicht verstehen. Würden sie es nämlich, so hätten wir eine Revolution noch vor morgen früh.*

Wer Geld auf der Bank hat, der vergibt der Bank einen Kredit. Das Geld auf dem Konto ist nicht mehr im Besitz oder Eigentum des Kontoinhabers, sondern gehört der Bank.

3.1.1 Die Geldschöpfung aus dem Nichts

Eine Währung wird in zwei Stufen erschaffen. Zuerst entscheidet die Zentralbank mit seiner Geldpolitik, wie viel neues Geld gebraucht wird. Tatsächlich entsteht Geld nicht durch die Wirtschaft, durch Produktion und Leistung, sondern durch die pure Willensentscheidung der Machthaber in Politik und Finanzwirtschaft, also von Babylon, der unsichtbaren Hand. Deshalb spricht man auch von Fiat-Geld (lateinisch fiat = es geschehe oder es werde; Geld, das aus dem Nichts geschaffen wird). Die zweite Stufe erfolgt mit der Vergabe von Krediten durch Geschäftsbanken. Dadurch wird Giralgeld (Buchgeld oder Geschäftsbankengeld) geschaffen. Das ist wiederum neues Fiat-Geld, weil es nur durch Bilanzverlängerung zustande kommt.

3.1.2 Geld als Schuld

Geld ist das, was als Zahlungsmittel genutzt wird. Geld hat keine Eigenschaft, die es zu Geld macht. Geld ist schlichtweg das „Etwas“, das als Zahlungsmittel verwendet wird. So können alle möglichen Güter oder Wertpapiere als Geld verwendet werden. Auch eine papierlose Geldwirtschaft (elektronisches Geld) ist möglich, wenn Geld als reine Verrechnungseinheit von Schulden funktioniert.

Im heutigen System ist Geld zumeist ein Schuldversprechen und damit ein Anspruch auf Güter oder Dienstleistungen. Die Urkunde ist dabei ein zu Papier gebrachtes (verbrieftes) Schuldversprechen. Bei der Schöpfung von Schuldgeld gibt es einerseits jemanden, der bereit ist, sich zu verschulden, d.h. ein Versprechen zu machen. Andererseits muss es aber zugleich jemanden geben, der dieses Versprechen abnimmt bzw. darauf vertraut, dass andere das Versprechen als Zahlungsmittel anerkennen.

Geld als Schuld erfordert folglich auch nicht zwangsläufig die Hinterlegung oder vorherige Einlage von irgendwelchen Werten. Die Einlösung des Versprechens bezieht sich auf die Zukunft, welche ungewiss

ist. Die Möglichkeit, Schuldgeld zu schöpfen, das heisst, akzeptierte Schuldscheine auszugeben, ist daher vom Prinzip her unbeschränkt, da sie auf dem kollektiven Vertrauen der Gesellschaft beruht.

Bargeld ist die Gesamtheit aus Geldmünzen und Geldscheinen. **Bargeld steht heute an der Spitze der Geldhierarchie als die hochwertigste Geldform, die es in unserem System noch gibt.** Es steht am Ende einer Anspruchskette, denn alle anderen (Schuld-) Geldformen beruhen ursprünglich auf einem Versprechen auf Bargeld. Deshalb ist es das ultimative Geld, aber nur solange die Menschen daran glauben. Noch besser sind Güter, die einen inneren (intrinsischen) Wert (in Form der Ware selber) besitzen, z.B. Kurantmünzen, das sind Münzen, die den Wert der Prägung beinhalten und nicht wie die Scheidemünzen.

3.1.3 Der Kredit

Unter Kredit versteht man allgemein die Übereignung von Bargeld, Buchgeld oder vertretbaren Sachen vom Kreditgeber zwecks befristeter Gebrauchsüberlassung durch den Kreditnehmer, der sich zu einer zukünftigen Tilgung und meist auch zu einer Gegenleistung in Form von Kreditzinsen verpflichtet.

Weil Unternehmen und Haushalte immer mehr Kredit brauchen, um den Umsatz oder den Lebensstandard halten zu können, wird weiter Fiat-Geld geschöpft. Deshalb werden die Bilanzen der Zentralbanken als auch der Geschäftsbanken immer grösser. Der Kredit kann mit verschiedenen Mitteln gefördert oder gebremst werden (siehe Kapitel 4, Die verschiedenen geldpolitischen Massnahmen).

Der Ökonom Ludwig von Mises sagte: *Es gibt keinen Weg, den finalen Kollaps eines Booms durch Kreditexpansion zu vermeiden. Die Frage ist nur, ob die Krise früher durch freiwillige Aufgabe der Kreditexpansion kommen soll oder später, zusammen mit einer finalen und totalen Katastrophe des Währungssystems.*

Alexander Hamilton, der erste Finanzminister der USA, meinte: *Wenn alle Bankkredite zurückgezahlt würden, hätte niemand ein Bankguthaben und es wäre kein Dollar an Bargeld oder Münzen im Umlauf.*

Genau genommen ist die Geldschöpfung, primär durch die Geschäftsbanken, ein Betrug an der ganzen Gesellschaft, denn sie hat daraus nur Nachteile, die Banken jedoch nur Gewinn. Die Rückzahlung dieses aus einem Betrug entstandenen Geldes ist nur möglich, weil die Gesellschaft das Wesen des Geldes nicht versteht und Parlamente, Regierungen, Gerichte, Verwaltung und Ökonomen es als «richtig» akzeptieren und damit Babylon begünstigen. Wenn dem Volk dieser Betrug endlich bewusst wird, können die Rückzahlungen der Geldschöpfung sowie der Zins und damit der gewaltige Betrug beendet werden.⁵

3.1.4 Der Zins

Der Zins ist das Entgelt, das ein Schuldner einem Gläubiger als Gegenleistung für vorübergehend überlassenes Kapital zahlt. Der Zins ist allgegenwärtig und überall akzeptiert, doch kaum jemand kennt deren Problematik. Wer die professionelle Geldschöpfung verstanden hat, weiss, dass der Zins die Fortsetzung dieser Betrügerei ist. Dahinter steckt die gleiche Ideologie, die zu einer Religion wurde.

Schon Aristoteles kritisierte, dass der Erwerb von Zins wider die Natur sei. Albert Einstein nannte ihn das achte Weltwunder; wer ihn versteht, verdient daran, alle anderen haben ihn zu bezahlen.

Diese Zinsen haben einen gewaltigen Einfluss auf die Wirtschaftsentwicklung und die Verteilung des Vermögens. Den meisten Menschen ist nicht bewusst, dass sie Zinsen für jedes Produkt bezahlen. Dieser Zinsanteil beträgt je nach Produkt bis zu 80 Prozent (bei Mieten). Im Durchschnitt bestehen die Preise bei Konsumgütern zu einem Drittel aus Zinsanteilen. Weil die Kredite immer mehr zunehmen, steigen die Zinsanteile tendenziell immer mehr. Deshalb generiert erst ein verzinsliches Vermögen ab rund einer Million mehr Zins als Zinszahlungen anfallen. Das heisst, der Zins verlagert das Vermögen von Arm zu Reich. Das Ergebnis dieses Systems ist eine Konzentration der Geldvermögen in den Händen einer Minderheit.

Zinsen führen zudem zu einem überproportionalen Wachstum. Das passiert vor allem, wenn die jährlich anfallenden Zinsen einer Geldanlage hinzugefügt werden und die Summe wieder angelegt wird. Dann ist der Anstieg enorm (Zinseszins). Das erklärt die überproportionale Entwicklung der Geldvermögen. Dieses überproportionale (exponentielle) Wachstum führt ins Unendliche und ist deshalb irgendwann nicht mehr bezahlbar. Darum erfolgt an diesem Punkt immer ein Kollaps. Davor stehen wir jetzt.

⁵ Das Bankhypothekengeschäft: <https://germany.news-pravda.com/world/2025/04/12/56719.html>

3.2 Die Wirtschaftsideologien

Wer den Mechanismus der Herrschaft in unserer Gesellschaft verstanden hat, weiss, dass nur der absolute Herrscher die Freiheit des Handelns besitzt und damit auch die Ideologien definiert.

3.2.1 Der Liberalismus

Die Freiheit des Neoliberalismus muss durch Unterwerfung erkaufte werden.

Herbert Schui (1940-2016), deutscher Politiker und Professor für Volkswirtschaftslehre

Der Liberalismus ist eine Grundposition der politischen Ideologie sowie eine Bewegung, die eine freiheitliche politische, ökonomische und soziale Ordnung anstrebt. Er entstand in der Zeit der Aufklärung. Die Ideologien Liberalismus und Sozialismus sind Antagonisten oder auch These und Antithese, die schlussendlich zur Synthese, der Ideologie Kommunismus, führen werden.

Der Ordoliberalismus bezeichnet eine nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte Variante des Liberalismus. Er ist eine Ideologie einer «freiheitlichen», auf den Grundsätzen der Marktwirtschaft beruhenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. In Deutschland wird er als die deutsche Ausgabe des Neoliberalismus bezeichnet und ist eine der Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft.

Der Neoliberalismus strebt wie der klassische Liberalismus offiziell eine freiheitliche, marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung mit Anerkennung von Privateigentum, Vertragsfreiheit und Freihandel an. Anders als der klassische Liberalismus überträgt er dem (privatisierten) Staat jedoch eine aktive, ordnungspolitische Rolle in der Wettbewerbspolitik – als «Schöpfer und Hüter der Wettbewerbsordnung». Der Neoliberalismus wurde in den 1930er Jahren gezielt aufgebaut. Erstmals wurde er in den 1980er Jahren mit den Reaganomics und dem Thatcherismus angewandt. Die Ziele des Neoliberalismus sind die Rückstufung der Staatsquote, der Privatisierung staatlicher Aufgaben und die Deregulierung des Kapitalverkehrs. Es sind also genau jene Prozesse, die in der Schweiz seit Jahrzehnten am Laufen sind.

Der amerikanische Ökonom Joseph E. Stiglitz prangert vor allem die Politik des IWF seit den 1980er Jahren als ein grosses Hindernis auf dem Weg zu Wohlstand und Entwicklung an. Die marktradikale Ideologie des IWF habe nicht nur keine Erfolge in Sachen Armutsbekämpfung vorzuweisen, sondern verschärfe im Gegenteil die globale Kluft zwischen Reich und Arm. Letzteres wird immer offensichtlicher, womit offensichtlich wird, welcher Herrschaft der Neoliberalismus Gefolgschaft leistet.

Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR vereinbarten am 18. Mai 1990 in einem Staatsvertrag u.a. die Soziale Marktwirtschaft als gemeinsame Wirtschaftsordnung. Die EU strebt laut Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2007 ebenfalls eine soziale Marktwirtschaft an. Es sei der dritte Weg zwischen Kapitalismus und Staatswirtschaft, also die Synthese. Im internationalen Kontext wird diese Wirtschaftsordnung bisweilen auch als Rheinischer Kapitalismus bezeichnet. Der Sozialismus, also die soziale Marktwirtschaft, ist nur eine Vorstufe des Kommunismus.

3.2.2 Der Keynesianismus

Unter Keynesianismus versteht man die auf John Maynard Keynes (1883-1946) zurückgehende makroökonomische Theorie (Ideologie) sowie die darauf basierende Wirtschaftspolitik. Nach Keynes sorgt der Markt im Kapitalismus nicht von alleine für ein Gleichgewicht, d.h. für Vollbeschäftigung. In Krisen drosseln die Arbeitnehmer wegen erwarteter oder eingetretener Einkommenseinbussen, die infolge von Arbeitslosigkeit bis zum vollständigen Lohnverlust reichen können, den Konsum und Unternehmer wegen düsterer Gewinnaussichten die Investitionen. Der Staat soll durch Mehrausgaben die fehlende Nachfrage zum Teil ausgleichen; er darf dazu aber nicht die Steuern erhöhen, sondern muss, um unproduktive Ersparnisse abzuschöpfen, Kredite aufnehmen, die er – antizyklisch – im Aufschwung amortisiert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich der Keynesianismus zur systematischen Konjunkturtheorie, und seine verschiedenen Strömungen bildeten den Mainstream der Volkswirtschaftslehre. Ab den 1970er Jahren geriet er mit seiner binnenwirtschaftlichen Orientierung bei wachsender internationaler Verflechtung gegenüber neoliberalen Theorien (Neoliberalismus), zunächst vor allem gegenüber dem sich in den angelsächsischen Ländern durchsetzenden Monetarismus, zunehmend in die Defensive.

3.2.3 Der Monetarismus

Der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems mit fixen Wechselkursen verschaffte den monetaristischen Konzepten weiter Auftrieb. Monetaristen übten einen beträchtlichen Einfluss auf die Geld- und Währungspolitik der industrialisierten Länder aus.

Modernisiert und neu konzipiert, entstand der Monetarismus Anfang der 1950er Jahre in den USA als Reaktion auf den Keynesianismus. Die Theorie bzw. Doktrin (Ideologie) besagt, dass Veränderungen in der vorhandenen Geldmenge die Entwicklung der Produktion, der Beschäftigung und der Preise massgeblich beeinflussen. Der Keynesianismus ist eine neoklassische Ideologie und der Monetarismus knüpft daran an. Mit dem Monetarismus sollte alles den «Finanzmärkten» überlassen werden, die sich selbst steuern, weil sie Profit schöpfen wollen. Das war jedoch nur eine Voraussetzung für die Globalisierung, weshalb die Nationen die Kapitalkontrollen aufhoben.

Die SNB beschloss 1973 als eine der ersten Zentralbanken, auf Interventionen am Devisenmarkt grundsätzlich zu verzichten und ihre Geldpolitik strikte auf vorher festgelegte Geldmengenziele auszurichten. Angesichts der zunehmenden Instabilität der Geldnachfrage distanzierte sich die SNB 2000 von dieser Praxis und damit auch von den monetaristischen Grundsätzen.

3.2.4 Globalisierung

Der Begriff Globalisierung bezeichnet den Vorgang, bei welchem weltweite Verflechtungen unter anderem in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Kultur, Umwelt und Kommunikation zwischen Individuen, Gesellschaften, Institutionen und Staaten zunehmen. Für die engere wirtschaftliche Zusammenarbeit der Länder und die erhöhte Interaktion zwischen ihnen müssen neue rechtliche Vereinbarungen in Kraft treten, die international gelten. Die Globalisierung zielt darauf ab, dass sich schlussendlich die gesamte Menschheit der uneingeschränkten 'Rechtsordnung', der unsichtbaren Hand, zu beugen hat.

Mit dem Zweiten Weltkrieg wurde die Welt verwaltungsmässig, organisatorisch, wirtschaftlich und finanzwirtschaftlich neu geordnet. Die erste Phase der neuen Globalisierungswelle umfasste die Zeit der 1950er und 1960er Jahre. Sie beinhaltet nach dem Krieg die Expansion der US-Firmen auf internationale Märkte, auf denen durch den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg eine grosse Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern aller Art entstand.

Die zweite Phase der 1970er und 1980er Jahre war bestimmt durch die Globalisierung der Ressourcengrundlage vor allem der weltweit agierenden US-Unternehmen, die versuchten, sich die billigsten Ressourcen (Rohstoffe, Montagewerke) zu verschaffen. Ideologisch wurde das von einer neoliberalen Marktöffnung begleitet, durch die auch die politischen Risiken minimiert wurden. Die neu entwickelte Informations- und Kommunikationstechnik beschleunigte diese Entwicklung. Politisch wurde die zweite Phase durch den Besuch des US-Präsidenten Nixon in China im Februar 1972 eingeleitet.

Die dritte Phase von 1990 bis etwa 2008 hat gezeigt, dass sich allein durch Kostensenkung keine weitere Marktexpansion ausserhalb der klassischen Industrieländer erzielen liess. Diese Erkenntnis führte dazu, dass immer mehr Produkte regional angepasst und produziert wurden.

Die Liberalisierung der Finanzmärkte, die Entwicklung von immer komplexeren Produkten und der Fortschritt der Technologie haben dazu geführt, dass der Grossteil der Transaktionen nicht mit realwirtschaftlichen Handlungen verknüpft ist. Die Märkte werden von immer grösser werdenden Kapitalmengen beherrscht, die ständig umgeschichtet werden. Die Transaktionen finden auf immaterieller Ebene statt: Der grösste Teil der Geschäfte wird per Mausklick erledigt.

3.2.5 Die heutige Ideologie

Seit die SNB ab dem Jahr 2000 die vorher festgelegten Geldmengenziele nicht mehr voraus definiert, verfolgt sie nun eine andere Wirtschaftstheorie bzw. Ideologie.

Der Rheinische Kapitalismus, insbesondere in seiner deutschen Version der sozialen Marktwirtschaft, besitzt sozialstaatliche Einrichtungen, im Gegensatz zum neo-amerikanischen Modell der kapitalistischen Marktwirtschaft der Regierungen Reagans und Thatchers. Konzeptionell basiert die Soziale Marktwirtschaft auf verschiedenen Ideen, die ab den 1930er und 1940er Jahren entwickelt wurden und kann unter dem Ausdruck Neoliberalismus eingeordnet werden. Das Wort Neoliberalismus wird heute

vorwiegend zur Bezeichnung von Marktfundamentalismus verwendet. Als Marktfundamentalismus, Marktradikalismus oder Marktideologie wird ein extremer Wirtschaftsliberalismus und Libertarismus wirtschaftspolitischen Positionen bezeichnet, der das Problemlösungspotential von Marktmechanismen zu hoch und das des Staates als zu gering einschätzen.

Der Washingtoner Konsens (Washington Consensus) basiert ebenfalls auf „marktfundamentalistischen Grundsätzen“. Er ist ein Wirtschaftsprogramm, das lange Zeit vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank propagiert und gefördert wurde. Er entstand im Rahmen der Südamerikanischen Schuldenkrise Mitte der 1980er Jahre und propagierte u.a.

- Nachfragedrosselung und Kürzung der Staatsausgaben durch Fiskal-, Kredit- und Geldpolitiken
- Wechselkurskorrektur (Abwertung) und Verbesserung der Effizienz der Ressourcennutzung in der gesamten Wirtschaft (Rationalisierung und Kostenökonomie)
- Liberalisierung der Handelspolitik durch Abbau von Handelsbeschränkungen und Handelskontrollen, sowie verbesserte Exportanreize
- Deregulierung von Märkten und Preisen (was oft auch die Abschaffung von Preissubventionen für Grundbedarfsartikel bedeutete)
- Haushaltskürzungen
- Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen

In geschichtlicher Hinsicht entstand deshalb der Kalte Krieg mit dem «demokratischen» Westen (These) und dem kommunistischen Osten (Antithese). In wirtschaftlicher Hinsicht musste für den Westen ein Ordoliberalismus her. Dieser Ordoliberalismus trug zur Wettbewerbspolitik und zur Prägung des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft bei.

Für eine staatliche Wirtschaftslenkung musste deshalb die Russische Revolution durchgesetzt werden. Darum investierten die internationalen Banker so riesige Summen, damit sie erfolgreich war. Die Aussage von Chinas Staatspräsident Xi Jinping im März 2019, dass es vom Sozialismus zum Kommunismus gehen werde, auch wenn es noch dutzende von Generationen dauern würde, zeigt lediglich, in welche Richtung die Menschheit getrieben werden soll. Das ist das Fernziel, die Unterwerfung der Menschheit unter die unbekannte Hand, die Herren von Babylon; die vollständige Versklavung.

4. Die verschiedenen geldpolitischen Massnahmen

4.1 Leitzins

Mit dem Leitzins verrechnen die Zentralbanken den Kredit des Fiat-Zentralbankgeldes an die Geschäftsbanken. Vorher war er allgemein als Diskontsatz bekannt. In der Schweiz hiess dieser Zins kurzzeitig Libor. Den Geschäftsbanken dient dieser Zinssatz als Basis für ihre weiteren Kreditzinsen.

Der Leitzins ist heute im Finanzwesen der von einer Zentralbank im Rahmen ihrer Geldpolitik einseitig festgelegte Zinssatz. **Er ist heute das zentrale Instrument zur Steuerung der Geldpolitik, weil er als Preis die Geldnachfrage unmittelbar beeinflusst.** Schliesslich wirkt sich die Leitzinspolitik auch auf die gesamte Volkswirtschaft aus, denn bei steigenden Leitzinsen werden weniger Kredite aufgenommen, weil der Zins zu teuer ist und damit Projekte unrentabel werden. Das bedeutet, die Investitionstätigkeit geht zurück. Bei sinkenden Leitzinsen ist es genau umgekehrt. Auffällig ist, dass sich die Leitzinsen der wichtigen westlichen Währungen weitgehend synchron verändern.

4.2 Kapitalverkehrskontrollen

Kapitalverkehrskontrollen sind im Aussenhandel staatliche Massnahmen zur Beschränkung der Freiheit des internationalen freien Kapitalverkehrs. Hierzu gehören Steuern auf Kapitalimporte bzw. Kapitalexporte, Mengenbeschränkungen, Genehmigungs- und Meldepflichten. Mit der Abschaffung der Kapitalverkehrskontrollen in fast allen OECD-Staaten Ende der 1970er Jahre entfielen die gesetzlichen Grenzen zwischen den heimischen und den internationalen Kapitalmärkten: Seit den 1990er Jahren wirbt der IWF für eine

weltweite Deregulierung des Kapitalverkehrs. Sie bilden einen Teil der Globalisierung, denn seither ist es möglich, Gelder ohne Beschränkung aus einem Land abzuziehen und andernorts besser anzulegen.

4.3 Wechselkurse

Wenn wir von Wechselkursen sprechen, so handelt es sich um den Kurs, wie ausländische Devisen getauscht werden. Devisen sind auf Fremdwährung lautende ausländische Zahlungsmittel. Es ist Buchgeld (auch Giralgeld genannt, also Kontoguthaben, Wechsel, Schecks), das auf eine ausländische Währung lautet und ist ein Zahlungsmittel im Bankwesen.

Der Wechselkurs spiegelt die wirtschaftliche Kraft hinter der Währung bzw. des entsprechenden Währungsraumes. Ist sie stark, so wird der Wechselkurs höher sein, ist sie schwach, ist er tiefer. Mit dem Wechselkurs können in einem Währungsraum die Importe und Exporte beeinflusst werden. Ist der Wechselkurs tief, werden die ausländischen Güter teurer, d.h. es wird weniger importiert, dafür mehr exportiert, weil diese Güter wegen dem tiefen Wechselkurs für Ausländer billiger werden.

4.4 Trilemma des Wechselkursregimes

Das Trilemma des Wechselkursregimes («impossible trinity») besagt, dass eine Volkswirtschaft nur zwei der folgenden drei Ziele gleichzeitig erreichen kann:

1. Offene Kapitalmärkte (keine Kapitalverkehrskontrollen),
2. variable Wechselkurse (Floating), d.h. keine festen Wechselkurse und
3. eine unabhängige Geldpolitik.

Für offene Volkswirtschaften bedeutet das, die Wirtschaft kann nicht stabil geführt werden, weil die «Finanzmärkte» aufgrund der fehlenden Kapitalverkehrskontrollen das Sagen haben.

Der internationale Kapitalverkehr ist seit Anfang der 70er Jahre sehr viel stärker gestiegen als der Welthandel und die Weltproduktion. Die nationalen Güter- und Kapitalmärkte wurden immer mehr international verflochten. Das Schlagwort Globalisierung der Weltwirtschaft kommt in den 90er Jahren auf. Das überproportionale starke Wachstum des internationalen Kapitalverkehrs ist das charakteristische Merkmal der Globalisierung. Die weitgehende Abschaffung von behördlichen Reglementierungen des internationalen Kapitalverkehrs ist eine wesentliche Ursache für diese Entwicklung. Der Vorteil (für Babylon) eines freien internationalen Kapitalverkehrs ist, dass eine weltweit effiziente Allokation des Produktionsfaktors Kapital möglich ist. Ein Nachteil (für die Gesellschaft) dieser Liberalisierung ist die zunehmende Abhängigkeit der eng miteinander verbundenen Volkswirtschaften. **Das heisst, die Geldpolitik als Instrument der Wirtschaftspolitik steht nicht mehr zur Erreichung gesellschaftlicher Ziele zur Verfügung.**

4.5 Geldmenge

Unter Geldmenge versteht man den Geldbestand einer Volkswirtschaft einer bestimmten Bindungsdauer, der sich in Händen von Nichtbanken befindet. Geldmengen können durch Geldschöpfung im Rahmen der Kreditvergabe durch Geschäftsbanken erhöht und durch die Tilgung von Krediten gesenkt werden. Bargeld oder Giralgeld sind stets Verbindlichkeiten einer Geschäftsbank oder Zentralbank gegenüber einer Nichtbank. Mit zunehmender Bindungsdauer schwindet der Charakter der Verbindlichkeit als flüssiges Zahlungsmittel für den Nutzer. Daher sind Geldmengen von ihrer Definition abhängig. Diese Definitionen unterscheiden sich zwischen den Währungsräumen.

Die ökonomische Bedeutung der Geldmenge beruht auf der Quantitätstheorie, die durch den Monetarismus eine neue theoretische Grundlage erfuhr. Der Monetarismus behauptet einen stabilen Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Geldmenge und des Preisniveaus, indem er von der Prognostizierbarkeit der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes (bzw. der Geldnachfrage) ausgeht. **Ist die**

Geldnachfrage prognostizierbar, so kann die Notenbank die Geldmenge (sie ist nur über die Notenbankgeldmenge [Geldmenge M0] beeinflussbar) **gezielt zur Steuerung des Preisniveaus einsetzen.**

In der Wirtschaftsgeschichte wurden häufig staatlich gesteuerte Erhöhungen der Geldmenge genutzt, um Staatsschulden zu tilgen oder Konjunkturprogramme zu finanzieren, aber auch die Menschen zu enteignen.

Mit dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen 1973 bekamen die Zentralbanken die Möglichkeit, eine autonome Geldpolitik zu führen (Geld- und Währungspolitik). Wichtige Kriterien sind dabei u.a. der Konjunkturverlauf und der Wechselkurs.

In der Ökonomie ist allgemein anerkannt, **dass es einen langfristigen Zusammenhang zwischen Geldmengenwachstum und Inflation gibt und derjenige, welcher die Geldmenge eines Landes kontrolliert, ist der absolute Herr über die gesamte Industrie und den Handel.**

Auffallend ist, dass allgemein die Geldmengen der Zentralbanken bis 2007 mehr oder weniger «moderat» stiegen, doch seit 2008, seit Beginn der Weltfinanzkrise stiegen die Geldmengen um ein Vielfaches gegenüber vorher. Lag die Bilanzsumme der SNB im Jahre 2007 noch bei 21.5 Prozent des BIP, stieg sie bis ins Jahr 2020 auf 143.4 Prozent, also um den Faktor 6.66.

4.6 Inflation

Inflation wird in der Volkswirtschaftslehre und Wirtschaft allgemein als der Anstieg einzelner Preise oder des Preisniveaus in einem Staat innerhalb eines bestimmten Zeitraums verstanden, ohne dass dies auf Mengen- oder Qualitätsveränderungen der Güter und Dienstleistungen zurückzuführen ist.

Gemäss dem Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman ist **Inflation immer und überall ein rein monetäres Phänomen.** Lenin meinte, **um die Bourgeoisie (Mittelstand) zu vernichten, sei sie zwischen den Mühlsteinen von Besteuerung und Inflation zu zermahlen.**

Von den Zentralbanken wird «allgemein» eine Inflation von zwei Prozent pro Jahr angestrebt. **Eine Deflation, also eine negative Inflation ist nicht erwünscht, weil damit die Kaufkraft der Menschen gestärkt würde.** Die Inflation darf allerdings nicht zu hoch werden, denn das soziale Leben wird davon sehr stark beeinflusst und kann zur Sprengkraft werden, wenn die Einkünfte der Haushalte das tägliche Überleben nicht mehr garantieren und die Vermögen dahinschmelzen.

4.7 Quantitative Lockerung

Quantitative Lockerung (Quantitative Easing, QE) ist eine geldpolitische Massnahme, die von Zentralbanken ergriffen wird, um die Geldmenge in der Wirtschaft zu erhöhen und die Kreditvergabe zu fördern. Das Hauptziel des quantitativen Lockerungsprogramms besteht darin, die wirtschaftliche Aktivität anzukurbeln und die Deflationsgefahr zu bekämpfen, insbesondere in Zeiten niedriger Zinsen und einer schwachen Konjunktur. Ohne die Möglichkeit, die Zinssätze weiter zu senken, müssen Zentralbanken die Geldmenge strategisch erhöhen. Mit der Ausweitung der Geldmenge mittels der quantitativen Lockerung entstehen neue «Bankreserven». Damit steigt die inländische Geldmenge und der Zins wird «marktwirtschaftlich» tief gehalten, weshalb mehr Kredit nachgefragt wird. Das belebt die Wirtschaft.

Die quantitative Lockerung kann auch als Doping der Wirtschaft verstanden werden, denn sie generiert heisses Geld. Heisses Geld führt in den betreffenden Ökonomien zu Spekulationsblasen und verzerrt die Wechselkurse, weil das internationale Kapital verschoben wird.

Der amerikanische Investor Mark W. Yusko sagte: Die Quantitative Lockerung war nicht dazu gedacht, wirtschaftliches Wachstum zu schaffen. **Die Quantitative Lockerung war dazu gedacht, 99 Prozent der Bevölkerung ärmer und ein Prozent reicher zu machen.**

Die quantitative Lockerung begann so richtig mit dem Ausbruch der Weltfinanzkrise. Deswegen vergrösserten sich auch die Geldmengen der Zentralbanken. Die Risiken dieser Politik sind:

- Eine der grössten Gefahren: Die Inflation

- Quantitative Lockerung kann zu steigenden Preisen von Finanzanlagen führen, was die Einkommensungleichheit verstärken kann.
- Durch die Injektion grosser Liquiditätsmengen in das Finanzsystem kann sie die Preise von Vermögenswerten verzerren und Blasen in bestimmten Märkten erzeugen. Wenn die Stimulierung aufhört, besteht das Risiko von Marktabstürzen und erheblichen Vermögenstransfers.
- Kurzfristig kann sie zu niedrigeren Zinssätzen führen, was Kreditaufnahme und Investitionen stimulieren kann. Langfristig kann sie jedoch zu höheren Zinssätzen und Inflation beitragen.

4.8 Repogeschäft

Ein Repogeschäft (auch Repo-Geschäft) oder kurz Repo (englisch repurchase operation) ist eine Rückkaufvereinbarung. Es ist eine Finanztransaktion, die den gleichzeitigen Verkauf und späteren Rückkauf zu einem zukünftigen Termin eines Wertpapiers kombiniert. Obwohl es sich um ein echtes Pensionsgeschäft handelt, ist es aus ökonomischer Sicht ein Kredit, der durch Wertpapiere gesichert wird. Durch diesen Kredit, bzw. mit diesem Ankauf erhöht die Zentralbank vorübergehend das Angebot an Reserver Guthaben im Bankensystem.

Das Repogeschäft ist ein wichtiges geldpolitisches Instrument der Zentralbanken, mit dem sie die Liquidität am Geldmarkt steuern. Die Zentralbanken können Liquidität zuführen, indem sie als Geldgeberin auftreten und Liquidität abschöpfen, indem sie als Geldnehmerin fungieren. Umfangreiche Devisenkäufe haben seit 2009 zu einem starken Anstieg der Liquidität im Bankensystem geführt.

4.9 Offenmarktpolitik

Infolge der Zinssteigerungen Ende der 1920er Jahre wurden weniger Diskontkredite nachgefragt. Deshalb begann die FED die Einnahmen anderweitig zu steigern und kaufte Wertpapiere direkt von den Geschäftsbanken oder über die Börse auf, um Zinseinnahmen zu generieren. Dabei stellte sie fest, dass in der Folge sich die im Umlauf befindende Geldmenge stieg und die Banken vermehrt Kredite vergaben. So entdeckte die FED zufällig die Offenmarktgeschäfte, die sich zum wichtigsten geldpolitischen Instrument des FED entwickelten. Deshalb wurde 1935 in den USA das Federal Open Market Committee (FOMC; Offenmarktausschuss) gegründet.

Verkauft eine Geschäftsbank Wertpapiere an die Zentralbank, erhält sie im Gegenzug (Aktivtausch) Zentralbank-Fiat-Geld gutgeschrieben, das sie zur Erfüllung ihrer Mindestreserveverpflichtung verwenden kann. Verkauft die Zentralbank Wertpapiere an Geschäftsbanken, reduziert dies deren Kontoguthaben bei der jeweiligen Zentralbank.

Das bedeutet, die Zentralbank wird damit temporär zum «Mitbesitzer» der Geschäftsbank, indem sie ihr damit «Eigenkapital» zur Verfügung stellt. **Die Zentralbank ist Kraft der Geldschöpfung dazu in der Lage, Beträge in beliebiger Höhe bereitzustellen. Auf diese Weise kann sie jederzeit, einer in finanzielle Bedrängnis geratenen Geschäftsbank unter die Arme greifen.**

4.10 Derivate

Der Begriff *Derivat* – auch *Zertifikat* genannt – bezeichnet eine übergeordnete Kategorie von Anlageprodukten, die ihren Wert von anderen Wertpapieren ableiten. Der Wert eines Finanzderivats hängt also von der Kursentwicklung eines bereits bestehenden Wertpapiers ab.

Ein Derivat kann nicht nur die Entwicklung von Aktien abbilden, sondern auch auf Werten von Wechselkursen, Rohstoffen, landwirtschaftlichen Gütern, Wertpapieren oder Indizes wie einem Aktienindex beruhen. Diese Werte bilden den sogenannten Basiswert des Derivats. Anleger prognostizieren die Marktentwicklungen des Basiswerts und kaufen entsprechend ihrer Erwartungen ein Derivat von ihrer Bank. Diese leiht sich somit Geld vom Anleger und stellt dafür ein Zertifikat aus. Dessen Wert wächst, stagniert oder sinkt je nachdem, ob die Kurse des Basiswerts steigen, stagnieren oder fallen – ohne dass der

Anleger das Basisprodukt selbst kaufen muss. Dabei kann der Anleger je nach Anlageform selbst bei leicht fallenden oder stagnierenden Kursen des Basiswerts Gewinn machen.

Anleger investieren nicht direkt, z.B. in Aktien, sondern **schliessen eine Wette ab, ob der Wert einer Aktie im Vergleich zum Basiswert steigt oder fällt**. Anders als bei einer direkten Geldanlage können Sie auch auf fallende Kurse oder Preise setzen. Ziel des Handels mit Derivaten ist es, mit einem vergleichbar geringen Einsatz einen höheren Ertrag zu erzielen als mit dem Kauf des Basiswertes selbst.

Derivategeschäfte werden einerseits zu Absicherungszwecken (Hedging; to hedge = absichern) abgeschlossen. Das Marktrisiko eines zu sichernden Grundgeschäfts kann durch ein Derivategeschäft, das die Marktwertentwicklung des Grundgeschäfts invers abbildet, gesichert werden. Industrie-, Handels- und Finanzunternehmen sichern sich so gegen Änderungen von Marktpreisen, Zinssätzen, Wechselkursen usw. ab. Die Marktgegenseite wird regelmässig durch Spekulanten repräsentiert.

Die Verwendung von Derivaten hat in den vergangenen 40 Jahren stetig zugenommen. Zu jedem Zeitpunkt sind heute etwa 700 Billionen USD an Nominalbeträgen in Derivaten ausstehend und täglich werden Derivate im Wert von 8.3 Billionen USD gehandelt.

Bereits der deutsche Aussenminister Walter Rathenau (1867-1922) **bezeichnete Finanzderivate als finanzielle Massenvernichtungswaffen!** Hermann Locarck-Junge (1957-), ein deutscher Ökonom sagte: **Mit Derivaten lässt sich locker das Zwanzigfache des eingesetzten Kapitals vernichten**. Und der amerikanische Investor Warren Edward Buffet **benannte sie als Hölle: Man kommt leicht hinein und nur sehr schwer wieder hinaus**.

Anhand der Ausweitung der weltweiten Geldmenge mittels der verschiedenen Möglichkeiten und der getätigten Aussagen lässt sich erahnen, dass eine gewaltige Zeitbombe am Ticken ist, die alles bisher Gesehene in den Schatten stellen wird. Dazu kommen noch andere Mechanismen:

5. Krisenzeiten

Finanzkrisen sind keine seltene und keine neue Erscheinung. Historisch betrachtet hängt die Anfälligkeit für Krisen nicht vom Entwicklungsstand einer Ökonomie ab. Da der grösste Teil des Wirtschaftsgeschehens hinter verschlossenen Türen stattfindet, können die Zusammenhänge nur rückblickend durch markante Ereignisse erfasst werden.

5.1 Hyperinflation in Deutschland 1919 bis 1923

Die Inflation von 1914 bis November 1923 in Deutschland war eine der radikalsten Geldentwertungen in grossen Industrienationen. Mit dem Ende des Krieges von 1918 hatte die Währung Mark bereits offiziell mehr als die Hälfte ihres Geldwertes (Kaufkraft in ihrem Währungsraum) und ihres Wechselkurses verloren. Allerdings waren die Preise während des Krieges kontrolliert; auf dem Schwarzmarkt waren die Preise weit stärker gestiegen. **Eigentliche Ursache der ab 1919 anziehenden Inflation, die ab Mitte 1922 in eine Hyperinflation überging, war die massive Ausweitung der Geldmenge durch den Staat** in den Anfangsjahren der Weimarer Republik. **Mit anderen Worten, die Hyperinflation wurde von der Zentralbank vorsätzlich ausgelöst, um die Staatsschulden zu tilgen. Als Nebenereignis wurden auch die Menschen enteignet**. Dahinter stand wiederum die unsichtbare Hand!

5.2 Weltwirtschaftskrise 1929

Die Weltwirtschaftskrise begann am Donnerstagabend des 24. Oktober 1929 an der New Yorker Börse – dem Zentrum der globalen Wirtschaft. An diesem Tag platzte die grosse Spekulationsblase.

Während des Ersten Weltkrieges hatten sich die USA als führende politische und wirtschaftliche Macht etabliert. Durch den wachsenden Wohlstand begannen auch etliche Kleinanleger, an der Börse zu spekulieren. Schätzungsweise jeder vierte US-Haushalt besass Aktien; oft auch durch Kreditaufnahme

finanziert. Das Spekulationsfieber heizte die Nachfrage nach Aktien an und liess die Kurse rasant ansteigen. Auf dem freien Markt gilt: Das Angebot bestimmt die Nachfrage.

Die Verschuldung der Haushalte und der Unternehmen in den USA lag bis zum Black Thursday bei 160 Prozent des BIP, stieg jedoch in den Folgejahren auf 260 Prozent. Der prozentuale Anstieg war eine Folge des Rückgangs des BIP. So schnell, wie sich diese in den Jahren vor dem Börsencrash aufgebaut hatte, so schnell musste diese nun als Folge desselben wieder zurückgefahren werden. Die sogenannte Entschuldung mit all seinen wirtschaftlichen Konsequenzen setzte ein.

Die führenden New Yorker Banken versuchten, einem Zusammenbruch der Märkte durch Stützungskäufe und durch die Übernahme von aufgekündigten Krediten entgegenzuwirken. Doch die panischen Verkäufe führten zum weiteren Kursverfall. **Die private FED pumpte kein zusätzliches Geld in den Kapitalmarkt, um die Liquidität des Marktes aufrecht zu erhalten. Dieses passive Verhalten gilt als eine der Hauptursachen, dass sich der Kurseinbruch an der New Yorker Börse zur "grossen Depression" in den USA ausweitete:** Vom Kleinanleger bis zum Grossinvestor verloren Millionen US-Amerikaner ihr Geld.

Die Krise beschränkte sich nicht auf die USA, sondern breitete sich über die ganze Welt aus. Sie wurde durch nationale Ereignisse noch verstärkt.

Der Börsencrash führte weltweit zu einem Investitionsstopp, Massenentlassungen und einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 26,7 Prozent. Die globale Arbeitslosenquote erreichte 1933 fast 25 Prozent. Sichtbarstes Zeichen der Krise war die Verarmung grosser Teile der Bevölkerung und ein Heer von Obdachlosen, da viele Amerikaner die fälligen Hypotheken für ihr Haus nicht mehr hatten begleichen können. Auch hier ist wieder offensichtlich, dass die unsichtbare Hand an der Arbeit war.

5.3 Lateinamerikanische Schuldenkrise (1982)

Die Situation wurde insofern etwas vereinfacht, indem im 20. Jahrhundert bis auf Guyana alle anderen Staaten Südamerikas unter einer Diktatur oder einem rechtsgerichteten Militärregime standen. Sie übten ihre Macht hauptsächlich in den 1950er bis in die 1980er Jahre aus und wurden ebenfalls von der unbekannteren Hand geleitet.

Allen diesen Staaten ist gemeinsam, dass sie in den 1950er und 1960er Jahren eine Strategie der importsubstituierenden Industrialisierung verfolgten. Dabei wurde versucht, Einfuhren ins Land durch Importrestriktionen, wie z. B. Zölle oder Einfuhrbergrenzen, zu beschränken, um die inländische Produktion zu fördern, bzw. im Land eine eigene Industrie aufzubauen. Damit sollte die Auslandsverschuldung massiv reduziert werden. Diese Strategie wird als Strukturalismus bezeichnet. Sie ist wie alle ökonomischen Strategien lediglich eine weitere Ideologie.

Aber ausgerechnet die Auslandsverschuldung, die sie vermeiden wollten, wurde mit diesem Vorgehen massiv erhöht, weil die Infrastruktur für die Industrie im Ausland eingekauft werden musste und nicht weitgehend selber aufgebaut wurde. Ersteres war natürlich viel schneller, dafür auch mit grösseren Risiken verbunden. **Mit der zweiten Ölkrise brachen «nur» die Bruttoinlandprodukte zusammen,** weshalb die Zinsen und Rückzahlungen nicht mehr oder nur in Teilen getätigt werden konnten.

5.4 Die Finanzkrise in Asien

Mit der Asienkrise wird die Finanz-, Währungs- und Wirtschaftskrise Ost- und Südostasiens der Jahre 1997 und 1998 bezeichnet. Sie begann im März 1997 in Thailand und griff auf mehrere asiatische Staaten über, insbesondere auf die der so genannten Tiger- und Pantherstaaten, während die Volksrepublik China und die Republik China (Taiwan) grösstenteils unberührt blieben. Die Asienkrise war zugleich Auslöser der Wirtschaftskrise in Russland (Russlandkrise) von 1998/1999. Die gleichzeitige Wirtschaftskrise in Japan (Japankrise) hatte ihre eigenen Ursachen, wurde aber durch die Asienkrise verstärkt.

Dreh- und Angelpunkt für die Finanzkrise in Asien war das Plaza-Abkommen von 1985 zwischen den G5-Staaten – Frankreich, Deutschland, den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Japan

– zur Manipulation der Wechselkurse durch die Abwertung des US-Dollars gegenüber dem japanischen Yen und der Deutschen Mark. Es wurde von den jeweiligen Finanzministern unterzeichnet und sollte Handelsungleichgewichte zwischen den USA und Deutschland sowie den USA und Japan ausgleichen, korrigierte jedoch nur die Handelsbilanz mit ersterem.

Im Vorfeld des Plaza-Abkommens wertete der US-Dollar um über 47.9 Prozent auf. Der starke Dollar setzte die US-Fertigungsindustrie unter Druck, da er Importwaren relativ billiger machte. Hintergrund dieses starken Dollars war die Hochzinspolitik, weil Anfang der 1980er-Jahre der damalige FED-Notenbankchef auf eine restriktive Geldpolitik zur Bekämpfung der damals hohen Inflation setzte.

Das offizielle Ziel des Abkommens bestand darin, den US-Dollar zu schwächen, um das steigende Handelsdefizit der USA zu verringern. Das Plaza-Abkommen führte jedoch zu einer dramatischen Wertsteigerung des Yen und der D-Mark gegenüber dem Dollar. In den beiden darauffolgenden Jahren verlor der Dollar bis zu 25.69 Prozent an Wert. Das Abkommen ebnete den Weg für Japans «verlorene Jahrzehnte» des schleppenden Wachstums und der Deflation.

Das Plaza-Abkommen führte dazu, dass der Yen gegenüber dem Dollar sehr viel stärker wurde. Für den Kauf von einem Dollar benötigte man 1985 noch rund 250 Yen. Zwei Jahre später brauchte man aber weniger als 150 Yen. Dies führte zu einem schweren kurzfristigen Schock für die japanischen Exportindustrien. Um die Auswirkungen dieses Schocks abzumildern, startete die japanische Regierung eine massive Kampagne expansiver Geld- und Fiskalpolitik, um die Binnenwirtschaft anzukurbeln. **Eine der Auswirkungen des Abkommens war jedoch, dass Japan dadurch den Handel und die Investitionen mit Ostasien steigerte und weniger von den USA abhängig wurde. Damit begann der wirtschaftliche Aufstieg dieser Länder, der mit dem Plaza-Abkommen erst ermöglicht wurde.**

Die sich entwickelnden asiatischen Volkswirtschaften galten 1980 noch als geschlossen. Der IWF forderte, die Liberalisierung des Bankenwesens voranzutreiben, die Devisenkontrollen aufzuheben und die Handelshemmnisse abzubauen. Deshalb setzte ab Mitte der achtziger Jahre die Liberalisierung der Finanzsysteme und des Kapitalverkehrs sowie andere marktorientierte Reformen ein. Zusätzlich forderte der IWF die Umsetzung des Washington Konsens, also der Privatisierung. Deshalb war das Jahrzehnt von der Mitte der achtziger bis zur Mitte der neunziger Jahre allgemein durch den Abbau zahlreicher staatlicher Beschränkungen der Finanzmarktaktivitäten geprägt.

Weil die Banken von der günstigen Zinssituation auf den internationalen Finanzmärkten profitieren wollten, **erfolgte die Verschuldung vielfach in den Fremdwährungen US-Dollar oder Yen.** Die kreditgebenden Banken sahen entweder keine Notwendigkeit, die Verbindlichkeiten in Yen oder Dollar gegen Wechselkursänderungen abzusichern, oder sie tätigten zwecks höherer Gewinne keine Risikoabsicherung mittels Devisentermingeschäften. **Als der Wechselkurs des US-Dollar gegenüber dem Yen, den europäischen Währungen und der Währung Chinas stieg, stiegen plötzlich die lokalen Währungen in realer Rechnung, was zu einer ernsthaften Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, geringeren Exporten und zu einem gravierenden Leistungsbilanzdefizit führte. Das war der Anfang vom Ende.**

In der Folge traten weitergehende ökonomische Probleme der jeweiligen Volkswirtschaften auf. **Die Höhe des vernichteten Vermögens wird auf über eine Billion US-Dollar geschätzt** und die wirtschaftlichen Schäden in den südostasiatischen Ländern haben auch die Ökonomien Osteuropas, Südafrikas und Lateinamerikas in Mitleidenschaft gezogen. Ausserdem hat die Krise offenbar mit dazu beigetragen, dass Veränderungen politischer Art beschleunigt wurden. Gravierend waren vor allem auch die Probleme im gesellschaftlichen Bereich. **In allen Krisenländern hat die Armut deutlich zugenommen, nachdem sie in den Jahren davor hatte abgebaut werden können.**

5.5 Weltfinanzkrise (globale Finanzkrise)

Ursache der Weltfinanzkrise war die Subprime-Krise in den USA. Bis 2001 lag der Leitzins der FED zwischen 5 und 6 Prozent. Vom März 2001 wurde er sukzessive bis im Juni 2003 auf 1.0 Prozent gesenkt. **In der gleichen Zeit wurde offiziell Propaganda betrieben, ein Eigenheim zu kaufen. Dabei wurde bei der Bonität der Käufer beide Augen zugeedrückt.** Das führte zu einem Immobilienboom und trieb die Preise in die Höhe. **Ab August 2004 wurde der Zins wieder laufend angehoben.** Im Januar 2006 erreichte er 4.5 Prozent und stieg noch weiter bis auf 5.25 Prozent. **Das genügte, damit die wenig**

solventen Käufer ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkamen, womit die Immobilienpreise einbrachen. Damit wurde ein Dominoeffekt ausgelöst.

Damit die Banken mehr Umsatz machen konnten, verkauften sie diese mit Immobilien gesicherten Kredite als neues sogenanntes strukturiertes Finanzprodukt und erhielten damit wieder Kapital. Im Endeffekt waren es also (Kredit-) Derivate. Diese wurden weltweit verkauft.

Den Anfang der Pleiten machte die Investmentbank Lehman Brothers. Seither gab es weltweit rund 500 Bankpleiten mit einer Bilanzsumme von total rund 700 Milliarden Dollar. Der Niedergang der Credit Suisse ist nur eine Folge der immer noch nicht ganz ausgestandenen Weltfinanzkrise. Hätten die Zentralbanken den Geschäftsbanken nicht grosse Geldmengen für deren Liquidität zur Verfügung gestellt, wäre das Ausmass noch grösser geworden. Daher die massive Ausweitung der Geldmengen. Gleichzeitig sorgten die Regierungen mit sogenannten «Rettungsschirmen», in Form von Finanzspritzen, Bürgschaften sowie teilweisen oder kompletten Verstaatlichungen dafür, dass den Banken das Eigenkapital nicht ausging.

Die Summe aller weltweiten Konjunkturprogramme betrug 2009 zwei Billionen US-Dollar und die krisenbedingte Minderung des BIPs wurde auf vier Billionen US-Dollar beziffert. **Die Subprime-Falschbewertungen verteilten ca. 7 Billionen US-Dollar Schulden um.**

Die Finanzkrise in Island (2008–2011), die Eurokrise, die Griechische Staatsschuldenkrise und die Finanzkrise in Zypern 2013 etc. waren eine Folge der Subprime-Krise.

Die «Lösung» der Zypernkrise muss hier erwähnt werden, weil sie ein gewollter politischer Testfall für die Zukunft darstellt. Dabei wurde erstmals eine Gläubigerbeteiligung (englisch Bail-in, für jemanden in die Verantwortung nehmen) umgesetzt. Das bedeutet, die Bankkunden wurden, wenn auch nicht vollständig, enteignet, um die jeweilige Bank vor einer drohenden Zahlungsunfähigkeit zu sanieren. Im besten Fall erhielten sie noch ein Beteiligungspapier an der Bank. Der schweizerische Bundesrat hat für so einen Fall bereits 2011 eine diesbezügliche Verordnung für eine Gläubigerbeteiligung erstellt.

5.6 Wirtschaftskrise von 2020 bis 2021

Die Wirtschaftskrise von 2020 bis 2021 war eine Folge der rigiden Lockdown-Massnahmen der COVID-19-Pandemie. Sogar das Weltwirtschaftsforums (WEF) sagt, COVID-19 war ein Test (für weitere Pandemien). Die Pandemie, welche die Atemwegserkrankung löste, wurde daher künstlich erzeugt. Mit der Ausrufung dieser weltweiten Pandemie, wurde der Menschheit der Dritte Weltkrieg erklärt. Mit der neuen Wirtschaftskrise wurden die Geldmengen nochmals vervielfacht.

6. Die kommenden Ereignisse

Noch nicht erklärt sind, mit Ausnahme der Gläubigerbeteiligung (Bail-in), der Anspruch auf Wertpapiere sowie die Konzepte *Modern Monetary Theory* (MMT) und *Overt Monetary Finance* (OMF).

Der Anspruch auf Wertpapiere ist ein völlig neues Rechtskonzept, das ab den 1940ern im Rahmen des Universal Commercial Code (UCC) erschaffen wurde. Es bedeutet, dass das traditionelle Eigentumsrecht nicht mehr gültig ist. Der Schweizerische Bundesrat hat dieses Konzept bereits ins Recht aufgenommen.

David Rogers Webb berichtet in seinem Buch^{2, 3, 4} von einem Plan:

Er betrifft alle Wertpapiere, alle Bankguthaben, alle Aktien und Anleihen; somit also das gesamte Kapital aller öffentlichen Unternehmen, einschliesslich aller Lagerbestände, Anlagen und Ausrüstungen, Grundstücke, Bodenschätze, Erfindungen und allen geistigen Eigentums. Persönliches Eigentum und Grundbesitz, sofern mit Schulden finanziert – und sei deren Anteil noch so gering –, wird auf ähnliche Weise beschlagnahmt werden, ebenso wie auch kreditfinanzierte Vermögenswerte von Unternehmen in Privatbesitz. Falls dieser Plan auch nur teilweise gelingen sollte, dann wird dies die größte Eroberung und Unterwerfung der Weltgeschichte sein.

Ziel der Massnahmen von *Modern Monetary Theory* und von *Overt Monetary Finance* sind eine deutliche Ausweitung und Fortführung der unkonventionellen Geldpolitik. Das bedeutet u.a. weitere quantitative Lockerung, MMT, OMF, Negativzinsen und Bargeldverbot.¹ Die Hyperinflation ist damit programmiert.

Die Zerstörung der Währungen ist kein neues Phänomen, denn bereits Nikolaus Oresmus, der Bischof von Lisieux (1325–1382), beklagte, „Überall und zu allen Zeiten waren die Regierungen die Hauptursache der Geldentwertung.“

Der Great Reset (englisch für *Der grosse Neustart*) ist eine Initiative des WEF. Dabei soll ein stärkerer Fokus auf «Gerechtigkeit», «Gesellschaft» und «Nachhaltigkeit» gelegt werden und die Interessen der «Stakeholder» (Interessenvertreter von Prozessen) mehr mit einbezogen werden. Letzteres bedeutet, das, was der Amerikaner Robert T. Frerichs wollte: *Wir sollten in einer von Unternehmen geführten oder kooperativen oder kollektiven (kommunistischen) Gesellschaft leben.*

Damit wird offensichtlich, dass es Absicht ist, die Menschen zu enteignen. Betrachten wir nur die aktuellen finanziellen Vernichtungswaffen, die Derivate, so ergibt das im Mittel 85'800 USD je Kopf der Weltbevölkerung. Dabei ist das Zerstörungspotential, das durchaus bei einem Faktor 20 sein kann, noch nicht berücksichtigt. Dazu kommen noch Kredite, Hypotheken und «Staatsschulden» sowie eine sehr hohe Inflation, die in den nächsten Jahren massiv zunehmen werden. Aus ökonomischer Sicht ist es offensichtlich, dass ein gewaltiger Zusammenbruch des Finanzsystems vor der Tür steht und in wenigen Jahren mit verheerenden Folgen für die gesamte Menschheit ausbrechen wird.

Dazu kommen weitere negative gesellschaftliche Ereignisse, die, wie es der Hochgradfreimaurer Albert Pike formulierte: «... *wir werden einen gewaltigen gesellschaftlichen Zusammenbruch provozieren ...*». Alles ist vorbereitet und wartet nur auf die Umsetzung. Allerdings sollte man sich diesen offensichtlichen Anzeichen nicht verschliessen, denn sie wurden immer im «Stillen» von der Politik beschlossen.

Deshalb verbreitet das WEF seit Jahren u.a. die Vorhersage für die Welt im Jahr 2030:

Sie werden nichts besitzen. Und Sie werden glücklich sein. Was immer Sie wollen, Sie werden mieten und es wird per Drohne geliefert.

Die Forderung des WEF ist nur eine Folge des 1848 erschienenen kommunistischen Manifestes. Darin heisst es u.a.: Abschaffung des bürgerlichen Eigentums. Hinter dem Kommunismus als auch dem WEF steht die unsichtbare Hand, also Babylon.

Das ist keine Schwarzmalerei, sondern die nüchterne Analyse der ökonomischen Faktoren in Verbindung mit der tatsächlichen Geschichte. Doch alle diese Informationen werden nur bruchstückhaft veröffentlicht, weshalb sie zuerst zu einem Bild zusammengesetzt werden müssen. Aber dieses Bild darf weder von der Politik, noch von den Ökonomen oder den Medien offiziell bestätigt werden. Auch dahinter steckt wiederum die unsichtbare Hand.

* * * * *

Da wir alle im gleichen Boot sitzen, ist es nicht möglich, auf eine einsame Insel zu ziehen. Deshalb müssen wir uns dieser Auseinandersetzung stellen, an der wir nicht vorbeikommen. Der erste Schritt dazu ist, sich endlich mit den seit langer Zeit existierenden Problemen auseinander zu setzen und sie zuerst als existent zu akzeptieren, anstatt sie weiterhin als Verschwörungstheorie in Bausch und Bogen zu verwerfen. Der zweite Schritt ist deren Analyse, um das Überleben sicher zu stellen, soweit dies überhaupt möglich ist. Individualismus ist bei diesem Ausmass nur beschränkt möglich, weil alle davon betroffen sind. Deshalb geht es alle an! Daher ist es so dringend erforderlich, dass die illegale Privatisierung in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Wird die illegale Privatisierung offiziell eingestanden, so stehen und innenaber nicht aussenpolitisch alle Optionen offen. Dann haben wir noch eine kurze Zeit, uns auf das Geplante vorzubereiten.